



Ergebnisse der Befragung

„Kommunale Demokratie“

Verfasser:

PD Dr. Björn Egener

Institut für Politikwissenschaft

Technische Universität Darmstadt

© Copyright:

Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften e.V.,

Stuttgart 2016

Freiherr vom Stein-Akademie
für Europäische Kommunalwissenschaften e.V.
Panoramastr. 33
70174 Stuttgart
www.fvs-akademie.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	5
2. Zur Anlage der Befragung.....	6
2.1. Methodische Vorbemerkungen.....	6
2.2. Demographische Zusammensetzung der Stichprobe.....	7
3. Interesse an Politik und Politische Kompetenz	9
3.1. Politisches Interesse.....	9
3.2. Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz	11
4. Vertrauen in Institutionen und Zufriedenheit mit der Demokratie	15
4.1. Vertrauen in politische Institutionen.....	15
4.2. Zufriedenheit mit der Demokratie	17
5. Teilnahme an politischen Prozessen.....	18
5.1. Beteiligung an Wahlen.....	18
5.2. Wege des bürgerlichen Engagements.....	20
5.3. Parteinäigung	22
6. Lebensqualität und Problemlagen.....	24
6.1. Einschätzung zur Lebensqualität in der Gemeinde/Stadt	24
6.2. Drängende Probleme	25
7. Zusammenfassung.....	28

1. Einführung

Es ist allgemein anerkannt, dass die Gemeinden in den EU-Mitgliedsstaaten aus mehreren Perspektiven eine wichtige Rolle spielen. So bilden die Gemeinden zunächst technisch diejenige *Verwaltungsebene*, welche am nächsten am Bürger angesiedelt ist. Sie sind die ersten Anlaufstellen für Bürger, die Leistungen ihres Staates in Anspruch nehmen möchten. In vielen Ländern sind die Gemeinden für große Teile der Daseinsvorsorge und der Verwaltungsaufgaben zuständig und sind deshalb im täglichen Leben der Bürger sehr präsent. Gleichzeitig sind die Gemeinden die *politische Ebene*, welche am nächsten am Bürger angesiedelt ist und damit auch die erste natürliche Anlaufstelle für Bürger, die sich politisch beteiligen möchten. Im Gegensatz zu Nationalstaaten sind politische Prozesse in den Gemeinden übersichtlicher, näher auf die Lebensrealität der Bürger bezogen und bieten in vielen Ländern breitere und direktere Beteiligungsmöglichkeiten (lokale Referenden, Direktwahl von Bürgermeister, Personenwahl für die Gemeinderäte, partizipative Entscheidungsverfahren) als auf den anderen politischen Ebenen. Kommunale Politik ist deshalb aus Legitimationsgesichtspunkten vielfältiger demokratisch „abgesichert“ als die Politik auf höheren Ebenen, welche häufig ausschließlich durch Wahlakte legitimiert wird. Die Gemeinden können deshalb zudem dazu beitragen, die Legitimität des Mehrebenensystems der Europäischen Union zu steigern, dadurch dass sie Bürger an demokratische Prozesse und Entscheidungsstrukturen heranführen und so als „*Schule der Demokratie*“ wirken.

Vor diesem Hintergrund führte das Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) im Auftrag der Freiherr vom Stein-Akademie im Februar und März 2015 eine repräsentative Telefonbefragung unter 1.012 Personen durch. Mit Hilfe der Befragung sollte ermittelt werden, wie die Menschen in Deutschland allgemein über kommunale Politik und kommunale Demokratie denken. Dabei ging es um die folgenden Einstellungen:

- Das Interesse an Politik,
- das Vertrauen in politische Institutionen,
- die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland,
- die Beteiligung an Politik,
- die Bewertung der persönlichen Lebensqualität und
- die vordringlichsten Probleme in der eigenen Stadt bzw. Gemeinde.

Weiterhin wurden persönliche Merkmale der Befragten erhoben, darunter der aktueller Wohnort, Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Familienstand und Anzahl der Kinder. Mit der Auswertung der Befragung wurde die Technische Universität Darmstadt betraut. Ein besonderes Augenmerk wurde bei der Auswertung der Ergebnisse auf die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland gelegt.

2. Zur Anlage der Befragung

2.1. Methodische Vorbemerkungen

Die Auswahl der Befragten erfolgte zufällig. Da die Beteiligung an Befragungen aber grundsätzlich schwankt – sowohl regional als auch zwischen verschiedenen sozialstrukturellen Gruppen – bilden die Befragten nicht automatisch ein repräsentatives Spiegelbild der Bevölkerung insgesamt ab. So haben sich an dieser Umfrage beispielsweise mehr Männer an der Befragung beteiligt, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Auch ist die Beteiligung in Westdeutschland etwas höher als in den ostdeutschen Bundesländern. Zudem nehmen Angehörige verschiedener Altersgruppen unterschiedlich häufig an Befragungen teil, ebenso wie höher Gebildete zumeist überrepräsentiert sind. Aus diesem Grund wird in der folgenden Auswertung mit gewichteten Daten gearbeitet, wie es in der empirischen Umfrageforschung üblich ist. Diese Technik erlaubt es, die Antworten der Befragten auf die Gesamtheit der Bundesbürger „umzurechnen“, um so den unterschiedlichen Anteilen in der Stichprobe und der Gesamtheit aller Bundesbürger gerecht zu werden.

Nach der Gewichtung verteilen sich die Befragten entsprechend der Bevölkerungsanteile auf die sechzehn Bundesländer wie folgt (vgl. Tabelle 1):

Tabelle 1: Verteilung der Befragten auf die Bundesländer

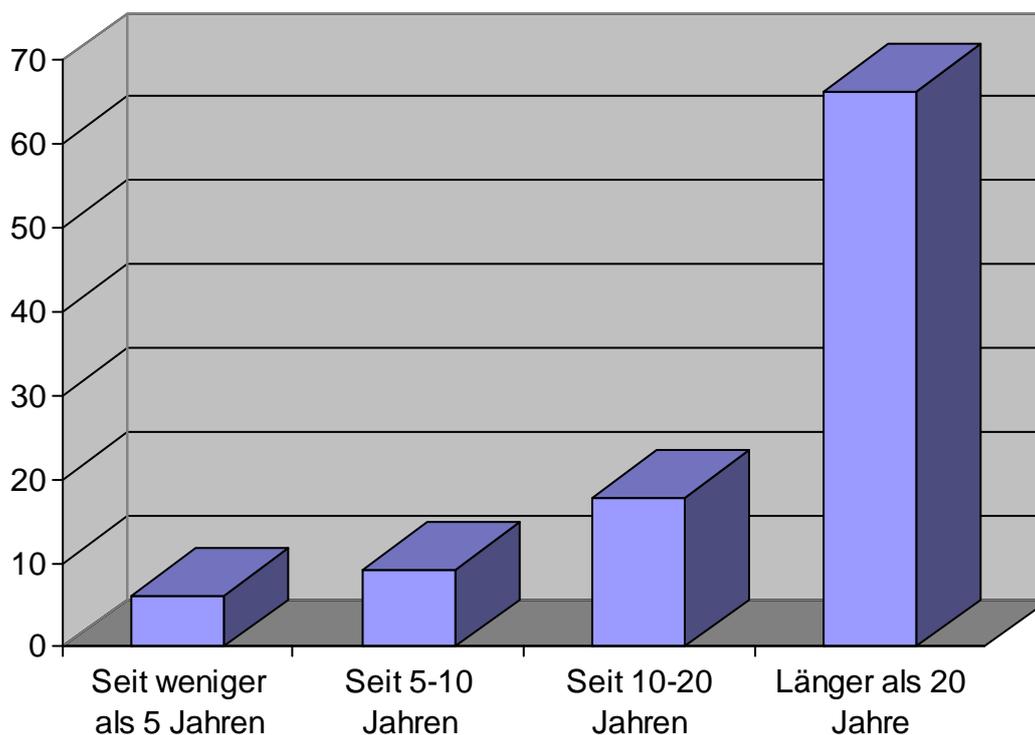
Bundesland	Anzahl	Anteil (%)
Nordrhein-Westfalen	187	18,5
Bayern	156	15,4
Baden-Württemberg	132	13,0
Hessen	91	9,0
Niedersachsen	80	7,9
Sachsen-Anhalt	60	5,9
Rheinland-Pfalz	53	5,3
Sachsen	51	5,0
Schleswig-Holstein	36	3,6
Thüringen	36	3,5
Brandenburg	34	3,4
Saarland	30	2,9
Berlin	26	2,5
Hamburg	17	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	15	1,5
Bremen	8	0,8
Summe	1.012	100,0
... davon West	790	78,1
... davon Ost	222	21,9

Daten: Gewichtete Daten aus der Befragung der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

2.2. Demographische Zusammensetzung der Stichprobe

Zwei Drittel der Befragten leben schon seit mehr als 20 Jahren an ihrem derzeitigen Wohnort, nur ein kleiner Anteil ist in den vergangenen zehn Jahren in eine neue Stadt gezogen (Abbildung 1). Diese Werte zeigen eindrucksvoll, wie stark die deutsche Bevölkerung lokal verwurzelt ist. Für die Interpretation der folgenden Daten ist dieses Wissen hilfreich, da man im Weiteren davon ausgehen kann, dass die Befragten aufgrund ihrer langen Wohndauer in ihrer Kommune über lokale Themen Bescheid wissen und auch einen gewissen Bezug zur lokalen Politik haben (müssten).

Abbildung 1: Verwurzelung am Wohnort (%)

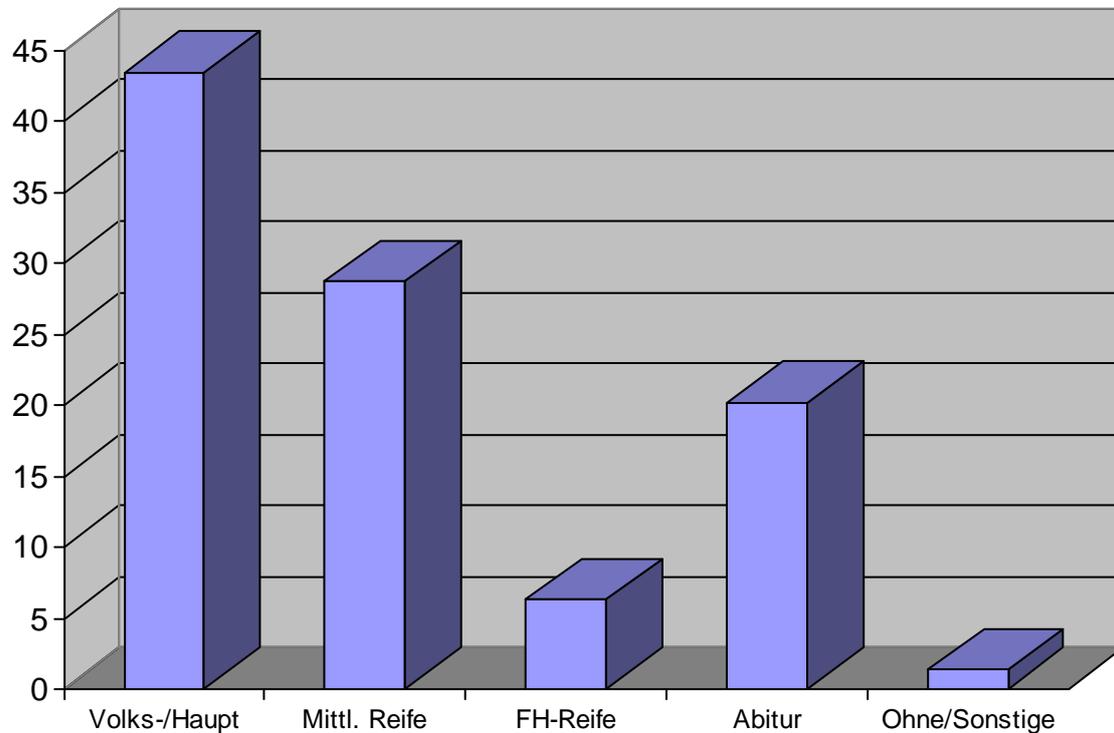


Frage: „Seit wie vielen Jahren leben Sie in dieser Stadt bzw. Gemeinde?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Betrachtet man die Bildungsabschlüsse der Befragten, ergibt sich ein sehr gemischtes Bild (Abbildung 2). Demnach sind haben ca. 43% der Befragten einen Volks- oder Hauptschulabschluss, ca. 30% die Mittlere Reife und ca. 27% einen hohen Schulabschluss (Fachoberschulreife oder Hochschulreife). Auch diese Verteilung spiegelt in etwa die Verteilung in der Gesamtbevölkerung wieder.

Etwas mehr als die Hälfte der Teilnehmenden (55%) sind verheiratet oder leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Weitere 7% sind geschieden, 9% sind verwitwet und ca. ein Viertel ist ledig. Knapp 28% der Befragten haben keine Kinder. Befragte mit Kindern haben im Durchschnitt 1,3 Kinder (was den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes entspricht).

Abbildung 2: Schulabschlüsse der Befragten (%)



Frage: „Was ist Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

3. Interesse an Politik und Politische Kompetenz

3.1. Politisches Interesse

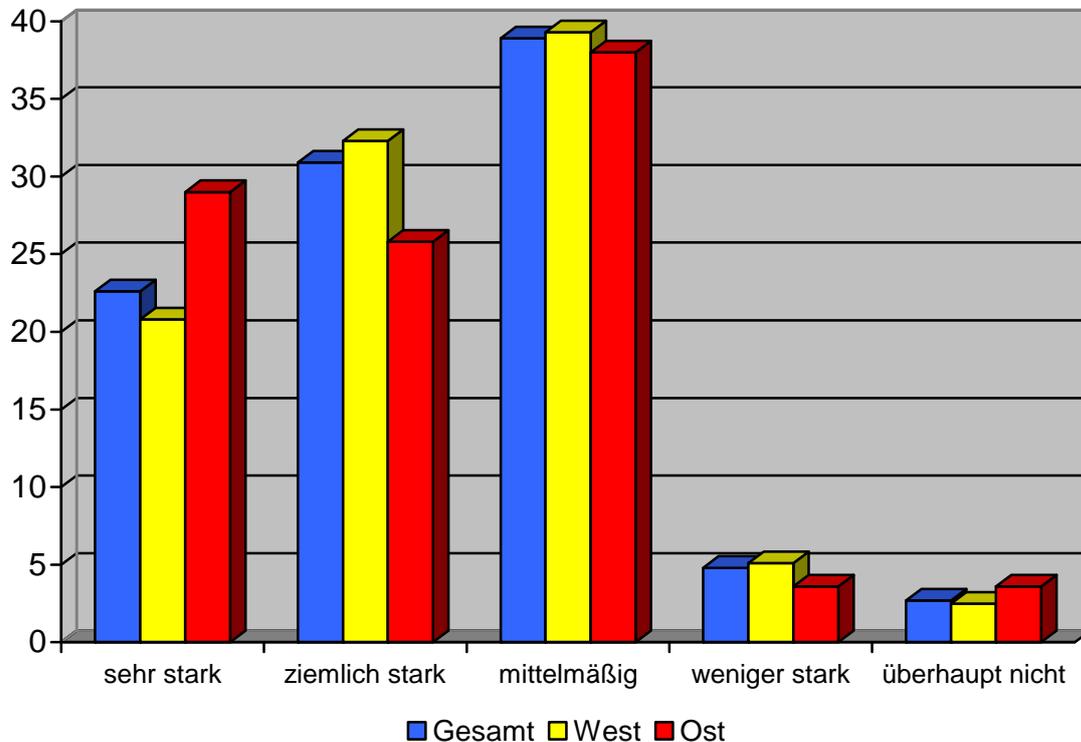
Wenn politische Einstellungen in einer Befragung erhoben werden sollen ist es wichtig zu wissen, ob sich die Befragten überhaupt für Politik interessieren. Deshalb beginnt eine Befragung in der Regel damit, dass die Befragten ganz allgemein angeben sollen, wie stark ihr politisches Interesse ist.

Zunächst ist festzustellen, dass die Befragten insgesamt stark bis sehr stark politisch interessiert sind (siehe Abbildung 3). Lediglich etwas über 7% sind weniger stark oder überhaupt nicht politisch interessiert. Es ist also keinesfalls so, dass den Befragten gleichgültig ist, was in Deutschland passiert.

Dabei fällt auf, dass die Antworten in West- und Ostdeutschland unterschiedlich ausfallen: In Ostdeutschland ist der Anteil der sehr stark Interessierten deutlich höher als

im Westen. Damit ist die ostdeutsche Bevölkerung in dieser Frage stärker polarisiert als die westdeutsche Bevölkerung.

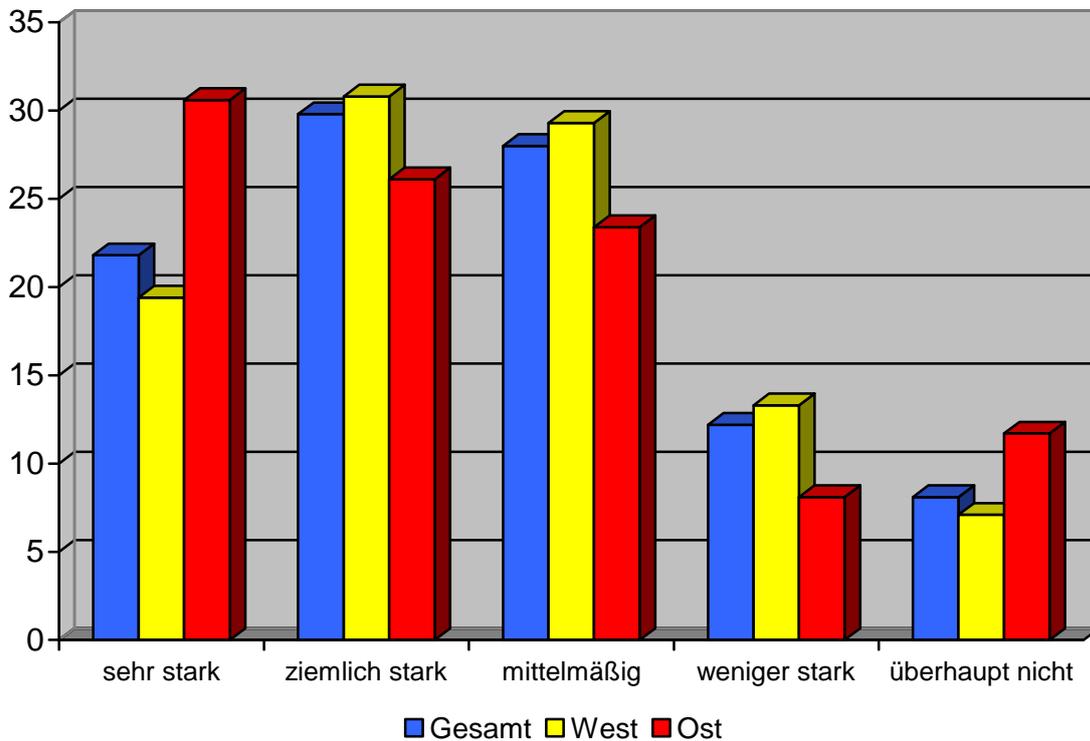
Abbildung 3: Interesse an Politik in Deutschland (%)



Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für die Politik in Deutschland?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Das Interesse für lokale Politik ist insgesamt geringer. Der Anteil der weniger stark oder überhaupt nicht Interessierten fällt insgesamt etwas höher aus (ca. 20%). Dennoch ist die Mehrheit immer noch ziemlich oder sehr stark daran interessiert, was in der lokalen Politik vor sich geht (siehe Abbildung 4).

Auch hier ist eine stärkere Polarisierung in Ostdeutschland zu beobachten, d.h. die Gruppe der stark Interessierten und der überhaupt nicht Interessierten ist wesentlich stärker als in Westdeutschland, während sich in den mittleren Kategorien weniger Befragte verorten.

Abbildung 4: Interesse an Politik in der Stadt/Gemeinde (%)

Frage: „Und wie stark interessieren Sie sich für die Politik hier in Ihrer Stadt / Gemeinde?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

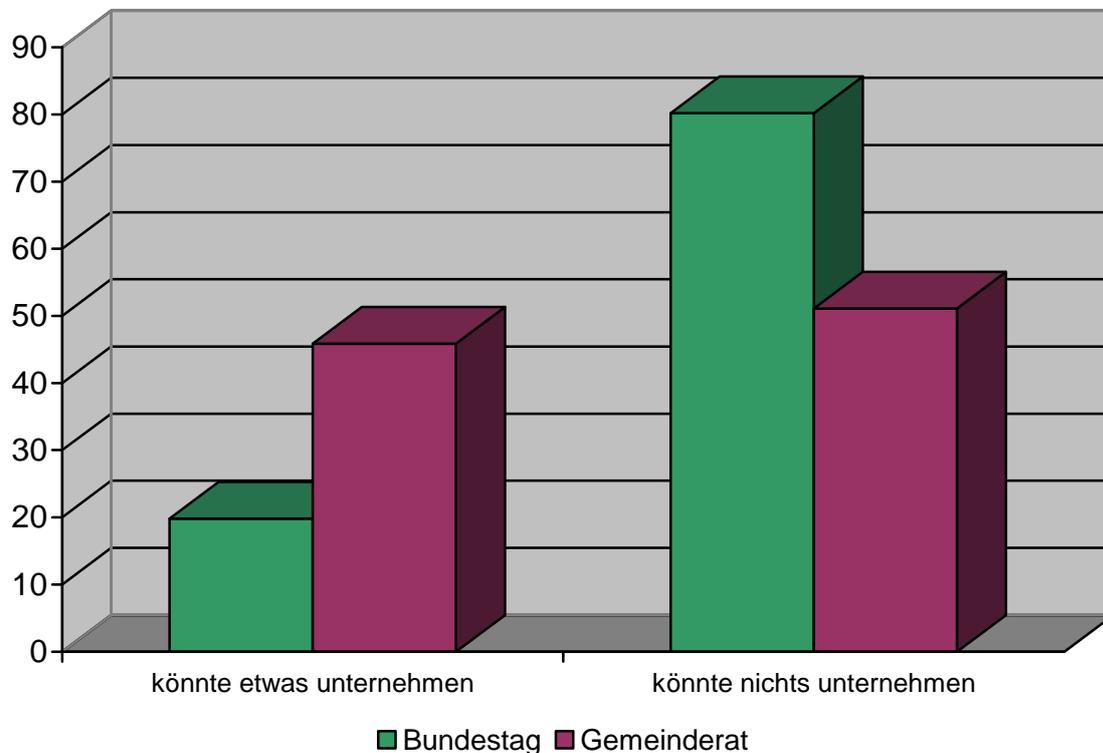
Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Gemeinden in den ostdeutschen Bundesländern gemessen an den Einwohnerzahlen signifikant kleiner sind als die westdeutschen Gemeinden, weshalb die West-Gemeinden hinsichtlich der Leistungserbringung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind. Zudem haben die Gemeinden in den „Altbundesländern“ auch eine längere demokratische Tradition als die Gemeinden in den neuen Bundesländern, welche zur Zeiten der DDR eine lediglich eine „Kümmerfunktion“ (Wollmann) erfüllten.

3.2. Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz

Neben dem politischen Interesse ist weiterhin interessant, für wie kompetent sich die Befragten selbst halten, wenn es um politische Fragen geht. Diese Selbsteinschätzung wird dabei nicht direkt abgefragt, sondern indirekt über die Einschätzung der Befragten bezüglich ihrer eigenen politischen Einflussmöglichkeiten. Konkret wurden die Teilnehmer gefragt: „Angenommen, in Ihrem Stadt-/Gemeinderat würde ein Vorhaben diskutiert werden, das Sie als sehr ungerecht oder nachteilig betrachten. Mei-

nen Sie, Sie könnten dagegen etwas unternehmen oder könnten Sie dagegen eher nichts unternehmen?“

Abbildung 5: Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz (%)

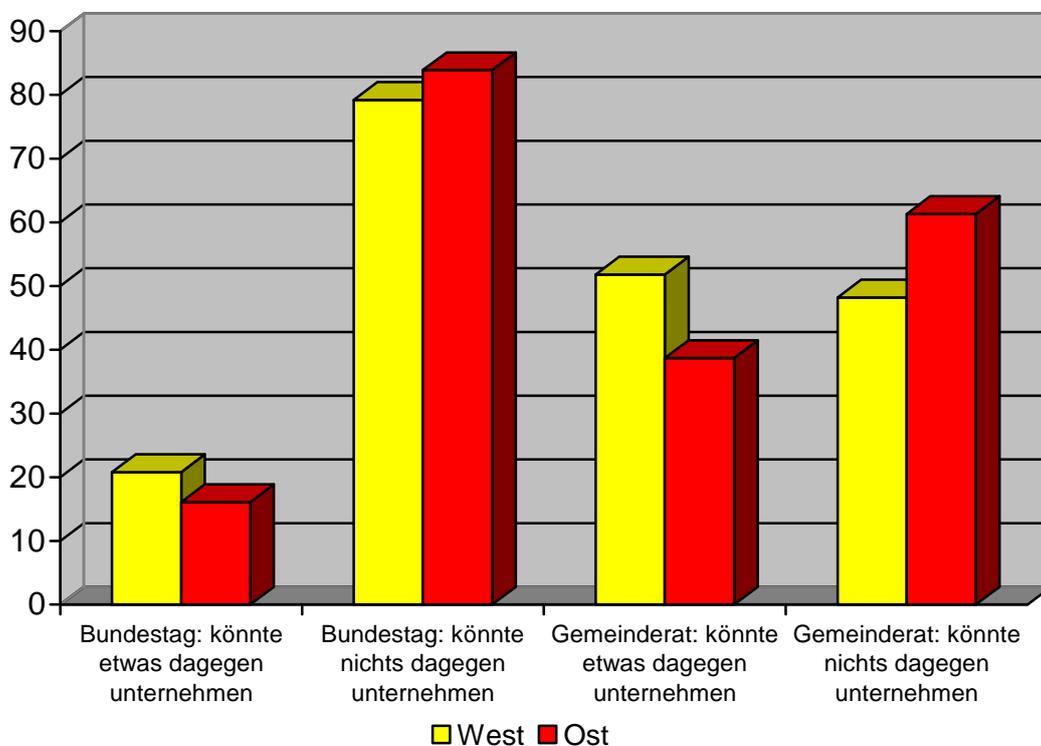


Frage: „Angenommen, in Ihrem Stadt-/Gemeinderat würde ein Vorhaben diskutiert werden, das Sie als sehr ungerecht oder nachteilig betrachten. Meinen Sie, Sie könnten dagegen etwas unternehmen oder könnten Sie dagegen eher nichts unternehmen?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Wie zu sehen ist (Abbildung 5), schätzen sich fast die Hälfte der Befragten kompetent ein, wenn es um die lokale Politik geht. Sehr viel weniger Teilnehmer der Studie sind hier optimistisch, wenn es um ein im Bundestag diskutiertes Gesetz ginge. Hier gibt nur jeder Fünfte an, er könne etwas dagegen unternehmen. Interessant sind diese Ergebnisse vor allem vor dem Hintergrund, dass die Frage nicht davon ausgeht, dass die Einflussnahme der Bürger letztlich auch erfolgreich sein muss – in dem Sinne, dass das als ungerecht oder nachteilig empfundene Gesetz bzw. Vorhaben auch tatsächlich verhindert werden muss. Letztlich kann „etwas dagegen unternehmen“ auch bedeuten, dass der Bürger sich an einer politischen Demonstration beteiligt, einen Protestbrief an ein Gemeinderatsmitglied bzw. einen Bundestagsabgeordneten schreibt oder sich einer Petition anschließt. Deutlich zu sehen ist, dass die Befragten ihre politische Kompetenz auf lokaler Ebene deutlich höher einschätzen als auf der

nationalen Ebene. Die Antworten unterstreichen die Einschätzung, dass die lokale Ebene in der Wahrnehmung der Bürger eine wichtige Rolle für die gefühlte Anbindung der Bürgerinnen und Bürger an die Politik insgesamt spielt. Zudem wird deutlich, dass die Bürger die lokale Ebene hinsichtlich des wahrgenommenen Einflussgefühls für deutlich wichtiger halten als die nationale Politik. Die Zahlen belegen eindrucksvoll die These, dass die Bürger aufgrund der Nähe der Gemeinde zu ihrer Lebenswirklichkeit auch ihren eigenen Einfluss auf der lokalen Ebene stärker wahrnehmen als ihren Einfluss auf die nationale Politik.

Abbildung 6: Selbstzuschreibung politischer Kompetenz, West/Ost (%)



Frage: „Angenommen, in Ihrem Stadt-/Gemeinderat würde ein Vorhaben diskutiert werden, das Sie als sehr ungerecht oder nachteilig betrachten. Meinen Sie, Sie könnten dagegen etwas unternehmen oder könnten Sie dagegen eher nichts unternehmen?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

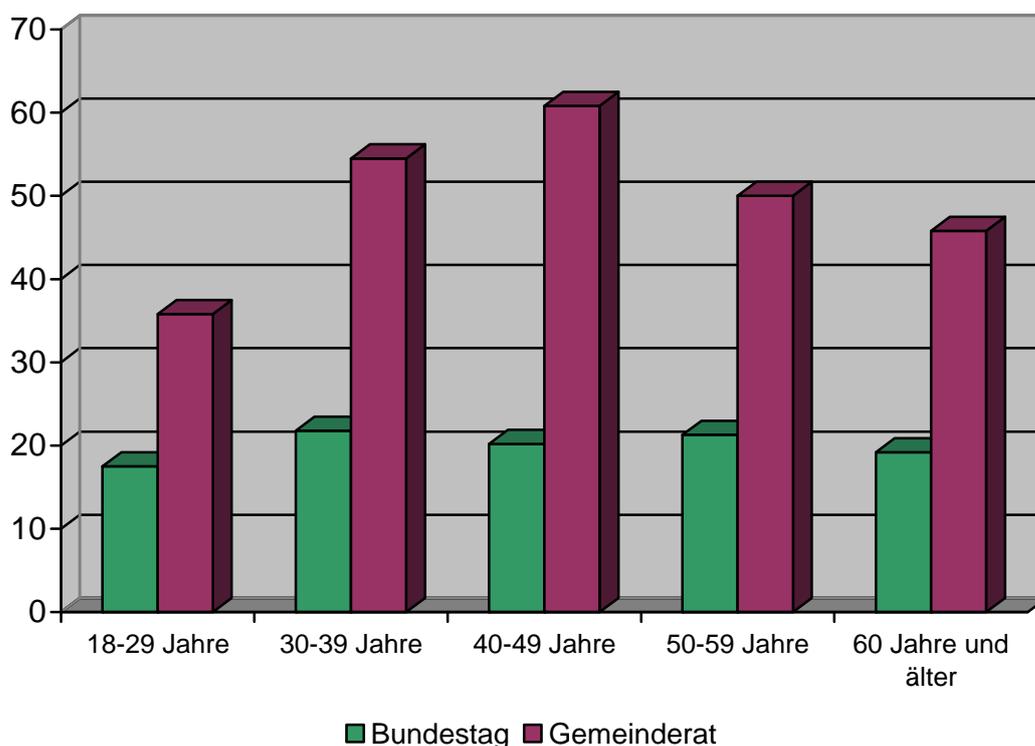
Hier besteht im Übrigen eine gegenläufige Tendenz über die Zeit: In einer Befragung der Freiherr vom Stein Akademie und des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart aus dem Jahr 2008, welche mit vergleichbarer Stichprobenzahl durchgeführt wurde, gaben lediglich 39,9% der Befragten an, sie könnten gegen ein Vorhaben in ihrer Gemeinde etwas unternehmen; hier ist die Einschätzung der eigenen Kompetenz also inzwischen spürbar gewachsen. Für die nationale Ebene hat

sich die Einschätzung hingegen nur leicht verbessert. Hierfür gaben im Jahr 2008 nur 14,7% der Befragten an, dass sie etwas gegen ein geplantes Gesetz tun könnten – dieser Wert hat sich in der aktuellen Befragung auf 19,8% gesteigert.

Auch bei dieser Frage unterscheiden sich West- und Ostdeutsche voneinander, wie Abbildung 6 zeigt. Ostdeutsche Befragte schätzen sich insgesamt weniger kompetent ein als Westdeutsche, wenn es um die Einflussnahme auf die Politik geht. Dieser Befund gilt für die lokale Ebene ebenso wie für die nationale Ebene.

Interessante Unterschiede ergeben sich auch, wenn verschiedene Altersgruppen miteinander verglichen werden (Abbildung 7).

Abbildung 7: Selbstzuschreibung politischer Kompetenz, Altersgruppen (%)



Frage: „Angenommen, in Ihrem Stadt-/Gemeinderat würde ein Vorhaben diskutiert werden, das Sie als sehr ungerecht oder nachteilig betrachten. Meinen Sie, Sie könnten da-gegen etwas unternehmen oder könnten Sie dagegen eher nichts unternehmen?“ Dargestellt ist der Anteil der positiven Antworten („ich könnte etwas dagegen unternehmen“). Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Während in Bezug auf das Gesetz im Bundestag in jeder Altersgruppe etwa 20% der Befragten meinen, sie könnten etwas unternehmen, sieht dies in Bezug auf das Vorhaben im Gemeinderat anders aus. Hier sind insbesondere die 30-50-jährigen mehr-

heitlich überzeugt, dass sie etwas erreichen könnten, wenn sie sich einsetzen würden. Diese Befragten sind es, die der Kommunalpolitik an sich offen gegenüber stehen und die nach anderen Untersuchungen auch zu den Personen gehören, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, beispielsweise als Gemeinderäte. Auffällig ist der niedrigere Anteil bei den 18 bis 25jährigen, die sich für kommunalpolitisch kompetent halten, wenngleich das lokale Kompetenzgefühl verglichen mit dem nationalen Kompetenzgefühl auch in dieser Altersgruppe um fast 20 Prozentpunkte höher ist. Dies ist möglicherweise zu einem Teil der Tatsache geschuldet, dass diese Gruppe bislang noch wenig Erfahrung mit Politik sammeln konnte. Die Ergebnisse könnten aber auch ein Anzeichen für ein gewisses Desinteresse an der Kommunalpolitik sein.

4. Vertrauen in Institutionen und Zufriedenheit mit der Demokratie

4.1. Vertrauen in politische Institutionen

Im Hinblick auf das Vertrauen in verschiedene Einrichtungen des öffentlichen Lebens sollten die Befragten neun Institutionen nacheinander auf einer Skala von 1 bis 5 danach bewerten, in wie weit sie diesen Institutionen vertrauen.

Tabelle 2: Vertrauen in Einrichtungen des öffentlichen Lebens (%)

Einrichtung	Anzahl	„voll und ganz“ oder „weitgehend“	teils/teils	„eher nicht“ / „überhaupt nicht“
(Ober-)Bürgermeister der Stadt/Gemeinde	968	56,1	26,9	17,1
Rat der Stadt/Gemeinde	924	43,5	39,5	17,0
Verwaltung der Stadt/Gemeinde	949	56,8	30,1	13,1
Kommunalpolitikern der Stadt/Gemeinde	914	36,5	43,0	20,5
Parteien/Wählerg. in der Stadt/Gemeinde	913	24,8	56,4	18,8
Bundeskanzlerin	1.000	58,3	21,4	20,3
Deutscher Bundestag	992	35,6	43,9	20,6
Politiker in Berlin	967	18,9	49,3	31,8
politische Parteien	960	12,3	56,3	31,4

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in Deutschland. Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie diesen Einrichtungen vertrauen.“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Wie Tabelle 2 zu entnehmen ist, hat die Mehrheit der Bürger Vertrauen in „Ihr“ Stadt-oberhaupt und die lokale Verwaltung. Mit den Kommunalpolitikern sind die Bürger

tendenziell ebenfalls zufrieden. Bei den Parteien und Wählergruppen vor Ort ist das Vertrauen schon deutlich geringer: Über 56% vertrauen den Parteien und Wählergruppen vor Ort nur teilweise. Noch gute Bewertungen bekommt der Deutsche Bundestag, aber „die Politiker in Berlin“ und die politischen Parteien im Allgemeinen finden wenig Zuspruch. Insgesamt aber lässt sich erkennen, dass das Vertrauen der Bürger in die lokalen politischen Institutionen und Rollenträger höher ist als das Vertrauen in die entsprechenden Akteure auf nationaler Ebene. Die einzige Ausnahme bildet die amtierende Bundeskanzlerin, die insgesamt die beste Bewertung in der Befragung erhält. Zu berücksichtigen ist, dass die Befragung im Februar 2015 stattgefunden hat, d.h. die hier ausgewiesenen Werte würden möglicherweise jetzt nicht mehr erreicht.

Ein interessanter Unterschied wird deutlich, wenn West- und Ostdeutschland getrennt voneinander betrachtet werden (Tabelle 3):

Tabelle 3: Vertrauen in Einrichtungen des öffentlichen Lebens, West/Ost (%)

Einrichtung	„voll und ganz“ und „weitgehend“ (%)		Differenz
	West	Ost	
(Ober-)Bürgermeister der Stadt/Gemeinde	57,8	50,0	-7,7
Rat der Stadt/Gemeinde	45,4	36,7	-8,7
Verwaltung der Stadt/Gemeinde	60,2	44,1	-16,2
Kommunalpolitikern der Stadt/Gemeinde	38,5	29,6	-8,8
Parteien/Wählergruppen in der Stadt/Gemeinde	25,8	21,2	-4,6
Bundeskanzlerin	59,8	53,0	-6,8
Deutscher Bundestag	36,3	33,0	-3,3
Politiker in Berlin	19,1	18,0	-1,1
politische Parteien	12,9	10,2	-2,7

Frage: „Ich nenne Ihnen nun einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in Deutschland. Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie diesen Einrichtungen vertrauen.“ Dargestellt ist der Anteil der positiven Antworten (Summe der Antwortmöglichkeiten „voll und ganz“ sowie „weitgehend“). Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

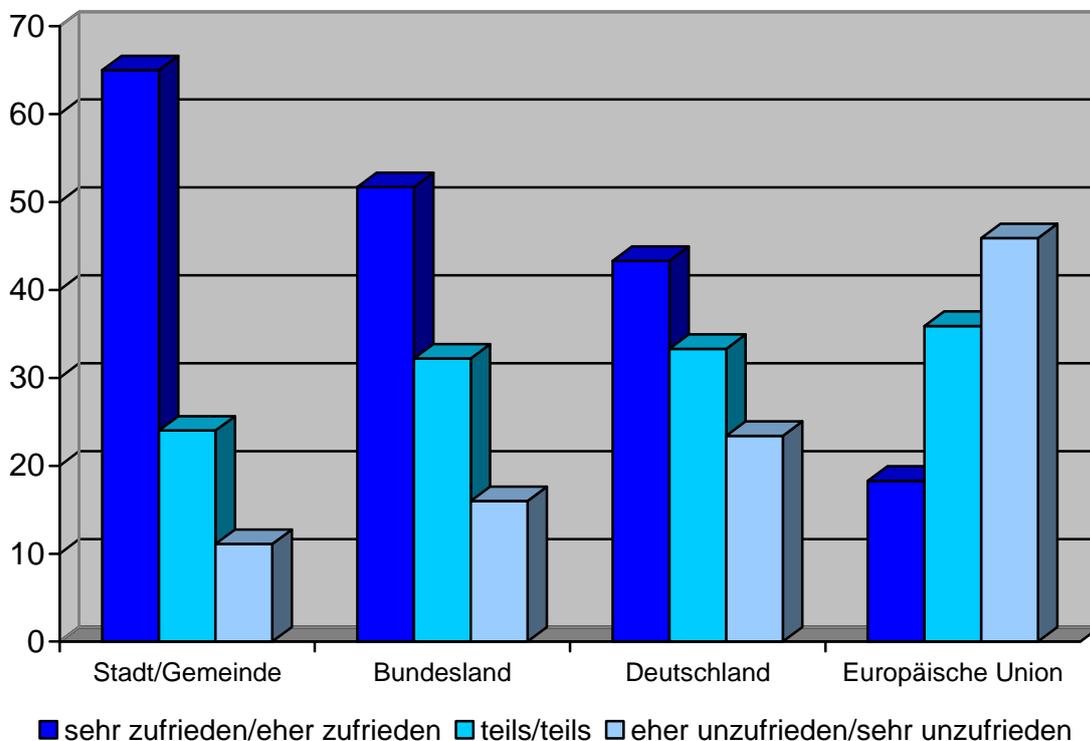
Insgesamt vertrauen die Befragten aus Ostdeutschland den politischen Institutionen weniger als die westdeutschen Teilnehmer. Am deutlichsten fällt der Unterschied bei den Kommunalverwaltungen aus – dies könnte ein Hinweis auf die kleinteilige Verwaltungsgliederung in den neuen Bundesländern sein. Auch lokale Politiker, der (Ober-)Bürgermeister, der Stadtrat und die Bundeskanzlerin kommen deutlich

schlechter weg als im Westen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass in Ostdeutschland der Anteil von „politisch Resignierten“ höher ist als im Westen.

4.2. Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Befragten wurden weiterhin gefragt, wie zufrieden sie mit der Demokratie im Allgemeinen sind; hier wurde wieder nach verschiedenen Ebenen differenziert (Stadt/Gemeinde, Bundesland, Deutschland, Europäische Union).

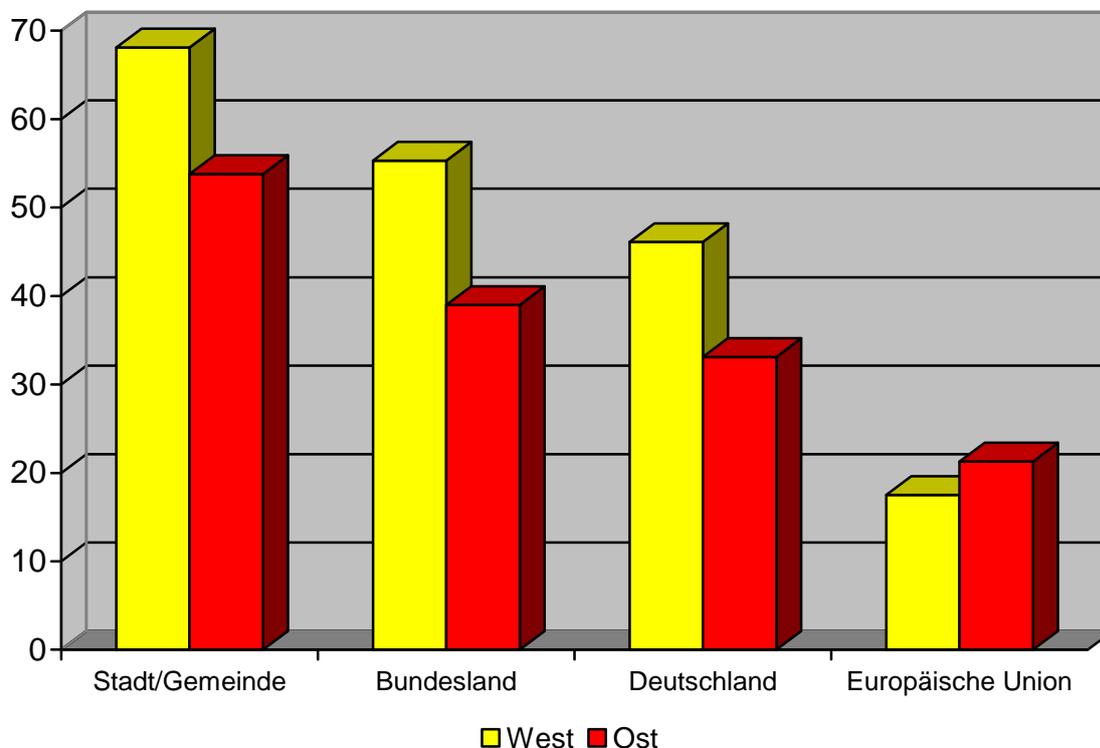
Abbildung 8: Zufriedenheit mit der Demokratie (%)



Frage: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Ihrer Stadt/Gemeinde, Ihrem Bundesland, in Deutschland, in der Europäischen Union] funktioniert? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Wie zu sehen ist (Abbildung 8), sinkt der Grad der Zufriedenheit mit der Demokratie mit der Distanz zur entsprechenden Ebene. So sind weniger als ein Fünftel der Befragten mit der Demokratie in der Europäischen Union zufrieden, immerhin noch eine relative Mehrheit mit der Demokratie in Deutschland. Die Demokratie in den Städten und Gemeinden hingegen funktioniert nach Auffassung der Befragten am besten: Fast zwei Drittel sind hier mit der Demokratie zufrieden.

Abbildung 9: Zufriedenheit mit der Demokratie, West/Ost (%)



Frage: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Ihrer Stadt/Gemeinde, Ihrem Bundesland, in Deutschland, in der Europäischen Union] funktioniert? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?“ Dargestellt ist der Anteil der positiven Antworten (Summe der Antwortmöglichkeiten „sehr zufrieden“ sowie „eher zufrieden“). Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Der im Rahmen der Untersuchung schon mehrfach aufgetretene Befund wiederholt sich auch bei dieser eher allgemeinen Frage (Abbildung 9): In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit mit der Demokratie niedriger als in Westdeutschland. Lediglich die Demokratie in der EU schneidet im Osten besser ab als im Westen – dies allerdings auf niedrigem Niveau.

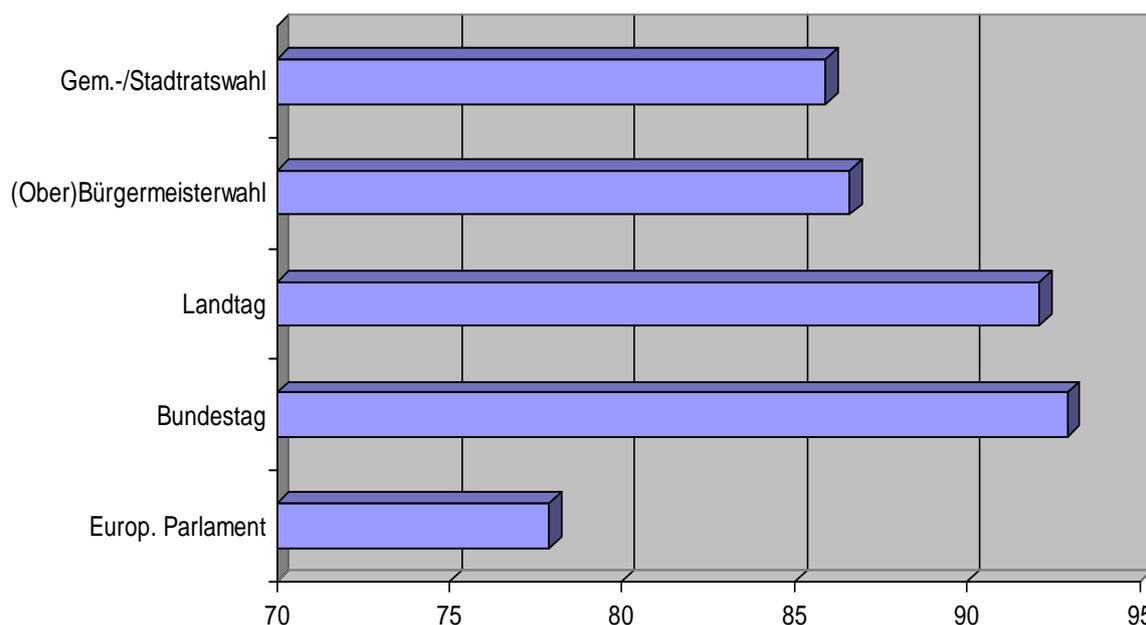
5. Teilnahme an politischen Prozessen

5.1. Beteiligung an Wahlen

Um zu ergründen, wie stark die Befragten an der Politik teilhaben wurde gefragt, ob sie an den letzten Wahlen auf der entsprechenden Ebene teilgenommen hätten.

Insgesamt fällt auf (Abbildung 10), dass die Wahlbeteiligung nach Angaben der Befragten deutlich höher ist als die durchschnittliche Wahlbeteiligung, die bei Wahlen tatsächlich auftritt. So betrug die Wahlbeteiligung bei den letzten Kommunalwahlen im Durchschnitt der Länder gerade einmal 49,6%. Der Durchschnitt der Landtagswahlen liegt derzeit bei 59,3%. An der letzten Bundestagswahl haben 71,5% der Wahlberechtigten teilgenommen, bei der letzten Europawahl lediglich 48,1%.

Abbildung 10: Angegebene Teilnahme an Wahlen (%)



Frage: „Haben Sie an den folgenden Wahlen teilgenommen?“ Dargestellt ist der Anteil der „ja“-Antworten. Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Es liegt also nahe zu vermuten, dass hier der Effekt der „sozialen Erwünschtheit“ die Befragung verfälscht hat. Die Befragten erwarten, dass eine bestimmte Antwort (hier: die Frage nach der Beteiligung an der letzten Wahl) vom Interviewer als positiv eingeschätzt wird und neigen deshalb dazu, eine entsprechende Antwort zu geben. Fest steht, dass das von den Befragten angegebene Wahlverhalten sich nicht mit den Ergebnissen der Wahlstatistik in Übereinstimmung bringen lässt. Dies zeigt, wie stark die Befragten die gesellschaftliche Normvorstellung verinnerlicht haben, dass die Wahlteilnahme eine „staatsbürgerlicher Pflicht“ darstellt.

5.2. Wege des bürgerlichen Engagements

Nachdem die Einstellungen der Befragten zum Vertrauen in die Institutionen, zur Zufriedenheit mit der Demokratie und ihre individuellen Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen, untersucht worden sind, wurden die Teilnehmer der Studie gefragt, ob sie in den letzten zwölf Monaten selbst etwas unternommen haben, um in ihrer Gemeinde etwas zu verbessern (oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert). Den Befragten wurden zehn Antwortkategorien vorgegeben, bei denen sie jedes Mal angeben sollten, ob sie diese Einflussmöglichkeit genutzt haben oder nicht (Tabelle 4).

Tabelle 4: Genutzte Einflussmöglichkeiten (%)

Einflussmöglichkeit	Anzahl	ja	nein
sich an einer Unterschriftensammlung oder Online Petition beteiligt?	998	51,0	49,0
Kontakt zu einem Ratsmitglied, dem Bürgermeister oder der Verwaltung in Ihrer Stadt oder Gemeinde aufgenommen?	999	46,5	53,5
in einem Verband oder Verein aktiv mitgearbeitet?	1.000	45,8	54,2
ein Bürgerbegehren oder Volksbegehren unterschrieben oder bei einem Bürgerentscheid / Volksentscheid die Stimme abgegeben?	997	38,5	61,5
In Bürgerversammlungen, Bürgerdialogen oder in Planungsverfahren mitdiskutiert oder Vorschläge für einen Bürgerhaushalt gemacht.	999	27,7	72,3
an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?	1.001	17,4	82,6
In sozialen Netzwerken im Internet, wie Facebook, Twitter oder anderen, etwas zu Politik oder Politikern geschrieben.	993	13,4	86,6
Kontakt zu einem Politiker auf der Bundesebene aufgenommen?	1.001	9,2	90,8
Im Stadt-/Gemeinderat, einem Ausschuss des Stadt-/Gemeinderates oder einer Orts- oder Stadtteilbeirat aktiv mitgearbeitet?	997	8,8	91,2
in einer politischen Partei aktiv mitgearbeitet?	1.001	7,7	92,3

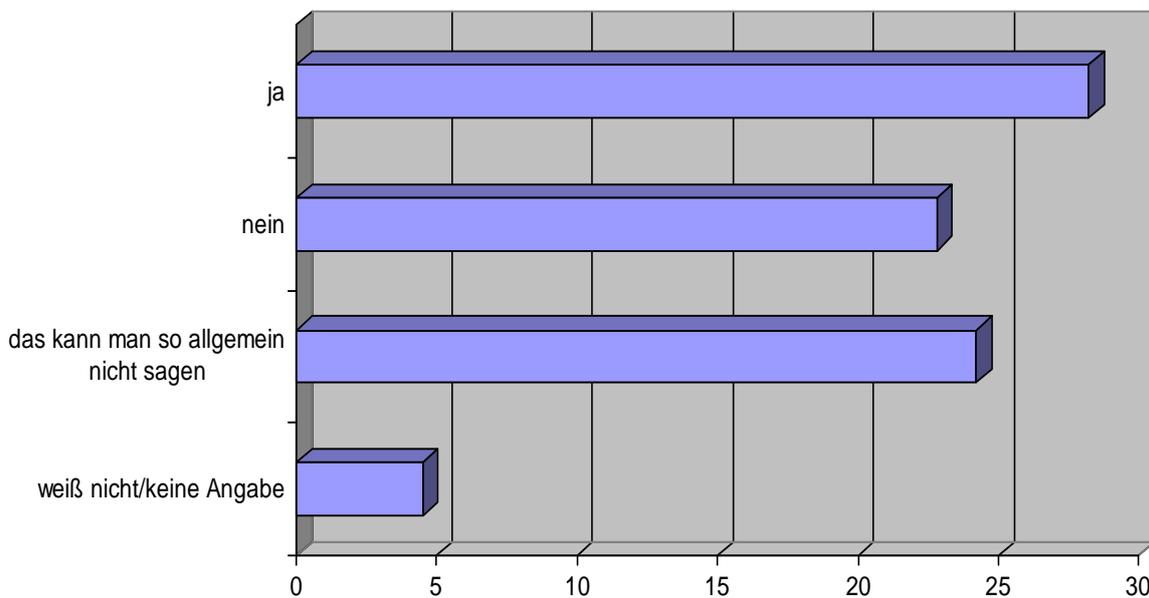
Frage: „Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in seiner Stadt oder Gemeinde zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Ich lese Ihnen nun einige Möglichkeiten vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie das im Verlauf der letzten 12 Monate gemacht haben oder nicht. Haben Sie ...“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Der am häufigsten verwendete Weg unter den Befragten ist die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung oder Online-Petition (51%). Auch den Kontakt zur Stadtverwaltung haben viele gesucht (46,5%); ähnlich viele haben in einem Verband oder

Verein mitgearbeitet (45,8%). Die anderen „Einflusswege“ folgen mit größerem Abstand. Wenige Befragten haben in einem offiziellen Gremium ihrer Gemeinde bzw. Stadt mitgearbeitet (8,8%). Das Engagement in einer politischen Partei rangiert am Ende der (7,7%).

Im Anschluss sollten die Befragten einschätzen, ob Ihre Beteiligung im politischen Prozess erfolgreich verlaufen sei (Abbildung 11). Diese Frage hat insgesamt ca. die Hälfte der Teilnehmer eindeutig beantwortet. Eine knappe Mehrheit davon (insgesamt 28%) hat das Gefühl, dass die Beteiligung erfolgreich verlaufen sei; weitere 23% sind nicht zufrieden.

Abbildung 11: Angegebener Erfolg des Einflusses (%)



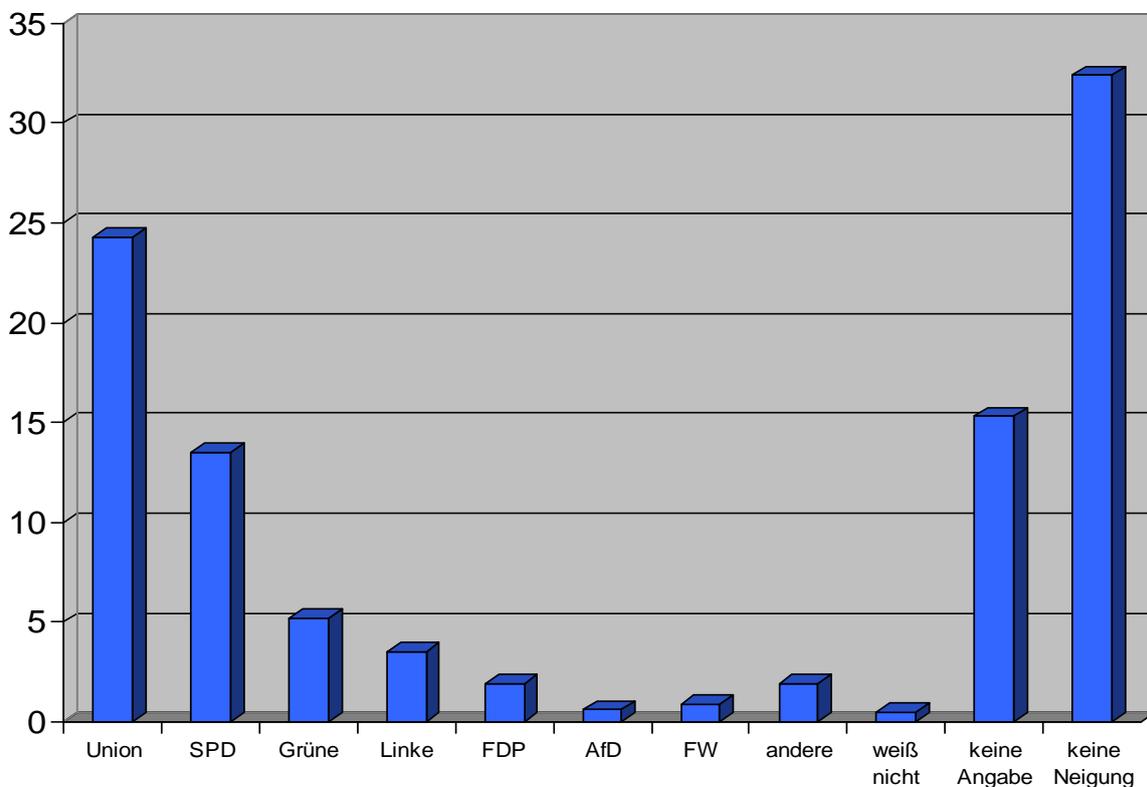
Frage: „Und hatten Sie das Gefühl, dass Ihre Beteiligung alles in allem erfolgreich war?“ Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Von denen, die sich nicht auf eine Beurteilung mit „erfolgreich“ oder „nicht erfolgreich“ festlegen wollten, haben die meisten (24%) geantwortet, man könne nicht so allgemein festlegen, ob die Beteiligung erfolgreich gewesen sei. Dies mag zum Einen daran liegen, dass beispielsweise der Befragte nicht alle Ziele erreicht hat, aber trotzdem zufrieden mit der Beteiligung ist. Ein Beteiligter könnte das Stattfinden von Beteiligung selbst auch schon als erfolgreich ansehen, auch wenn er seine Ziele nicht erreichen konnte.

5.3. Parteineigung

Wie bereits festgestellt ist die Zahl der Befragten, die sich im Rahmen einer Partei engagieren, nicht sehr groß. Interessant ist im Kontrast hierzu, dass sich viele Befragte dazu bekennen, einer bestimmten Partei zuzuneigen. Gemeint ist hier nicht der berühmte „Stammwähler“, der seine Partei bei jeder Wahl unterstützt, sondern eine grundsätzliche Zuneigung zu einer Partei – die sich aber verändern kann und nicht bei jeder Wahl das entsprechende „Kreuzchen“ münden muss.

Abbildung 12: Parteineigung (%)



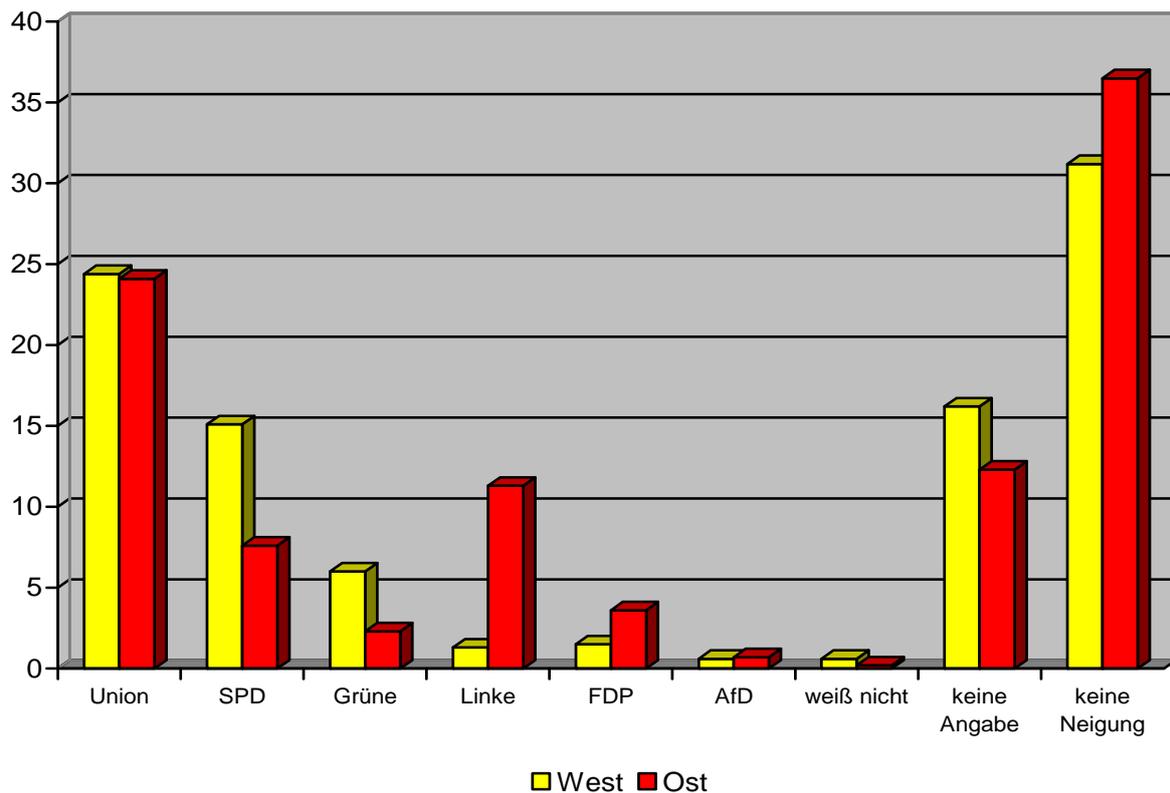
Frage: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie, ganz allgemein gesprochen, einer bestimmten Partei zu?“
Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Zunächst ist interessant (Abbildung 12), dass lediglich ca. 16% der Teilnehmer an der Studie „weiß nicht“ bzw. überhaupt keine Antwort gegeben hat. Ein weiteres knappes Drittel der Teilnehmer hat angegeben, keiner Partei zuzuneigen. Damit hat ca. die Hälfte der Befragten keine eindeutige Parteineigung zu erkennen gegeben. Unter den Befragten mit Parteineigung dominieren die Volksparteien CDU/CSU und

SPD, wobei die christlichen Parteien deutlich stärker sind als die SPD. Die kleinen etablierten Parteien liegen insgesamt vergleichsweise niedrig.

Die Befragten aus Ostdeutschland geben häufiger an, keiner Partei zuzuneigen (Abbildung 13).

Abbildung 13: Parteineigung, West/Ost (%)



Frage: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu mal eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie, ganz allgemein gesprochen, einer bestimmten Partei zu?“
Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

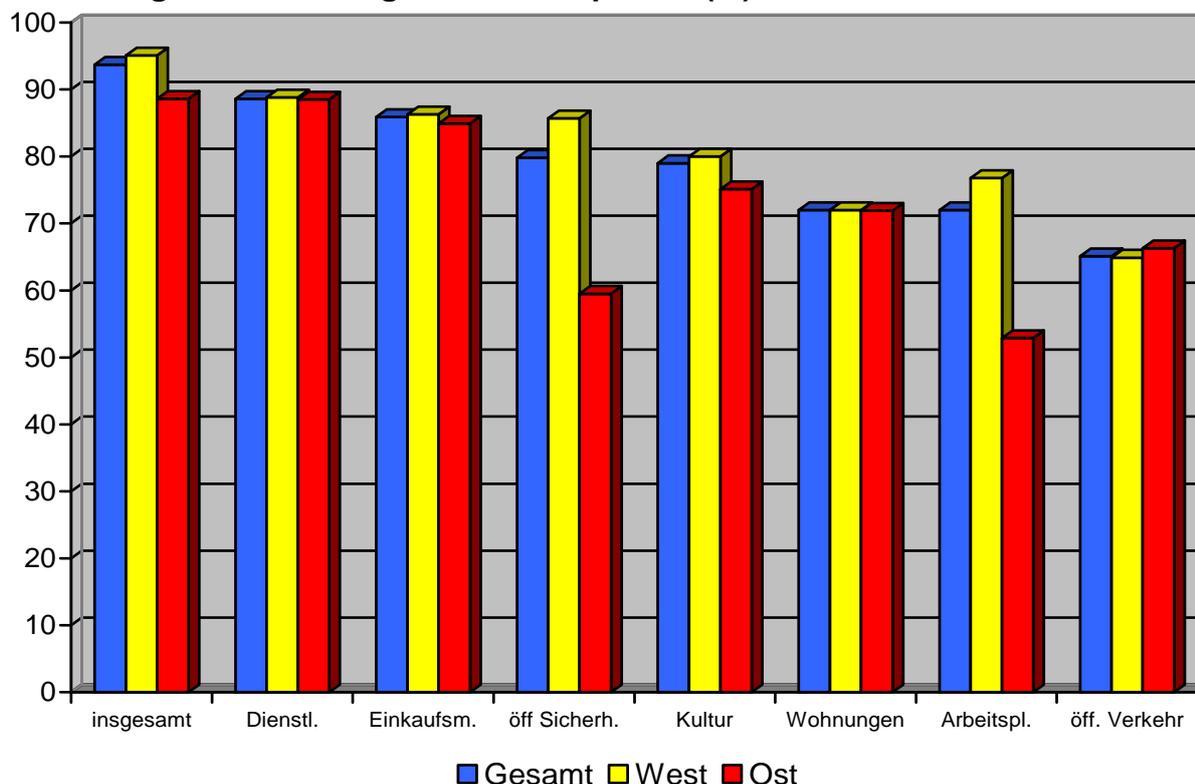
Zudem sind im Osten gegenüber dem Westen deutliche Verschiebungen innerhalb des „linken Lagers“ zu konstatieren - SPD und Grünen sind 11 Prozentpunkte schwächer, dafür Die Linke 10 Prozentpunkte stärker als im Westen. Keine Rolle spielte zum Zeitpunkt der Befragung die „Alternative für Deutschland“, welche in beiden Landesteilen unter 1% rangierte. Dies sähe inzwischen sicherlich anders aus.

6. Lebensqualität und Problemlagen

6.1. Einschätzung zur Lebensqualität in der Gemeinde/Stadt

Um das Bild der Befragten zu den Umständen in Deutschland zu vervollständigen, wurde weiterhin nach der Zufriedenheit mit der Lebensqualität in der eigenen Stadt/Gemeinde gefragt, und zwar sowohl allgemein als auch in verschiedenen Bereichen des Lebens. Im Allgemeinen sind 93,7% der Befragten mit der Lebensqualität sehr zufrieden oder eher zufrieden (Abbildung 14). Dies illustriert, wie gut die Gemeinden ihren Auftrag als Erbringer von Dienstleistungen erfüllen, was wiederum stark mit der Bewertung der Gemeinde durch die Befragten im politischen Sinne zusammenhängt (vgl. Kapitel 4 und 5 dieses Berichts).

Abbildung 14: Bewertung der Lebensqualität (%)



Frage: „Als nächstes würden wir gerne von Ihnen wissen, wie Sie die Lebensqualität in Ihrer Gemeinde oder Stadt bewerten. Wie zufrieden sind Sie mit ...?“ Dargestellt wird der gemeinsame Anteil der Ausprägungen „sehr zufrieden“ und „eher zufrieden“. Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Auch bezogen auf die abgefragten Teilbereiche des Lebens sind die Antworten überwiegend positiv. Dabei werden die zur Verfügung stehenden Dienstleistungen (88,6%) und Einkaufsmöglichkeiten (85,9%) am besten bewertet. Mit einigen Abstand folgen die öffentliche Sicherheit (79,8%) und das kulturelle Angebot (79%).

Wieder mit Abstand liegen gleichauf das Angebot an Wohnungen und Arbeitsplätzen (jeweils 72%). Abgeschlagen ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsverbindungen, das die niedrigste Zufriedenheitsquote aufweist (65,1%). Allerdings muss hier betont werden, dass dieser „schlechte“ Wert ebenfalls auf hohem Niveau liegt – fast zwei Drittel der Befragten sind sehr zufrieden oder zufrieden.

Auch hinsichtlich dieser Frage ergeben sich interessante Unterschiede in der Einschätzung zwischen ost- und westdeutschen Teilnehmern der Studie. Ostdeutsche schätzen die Lebensqualität insgesamt etwas schlechter ein als ihre westdeutschen Mitbürger (88,6% der Befragten aus dem Osten waren sehr zufrieden oder eher zufrieden gegenüber 95,1% im Westen). In vielen einzelnen Bereichen ist die Abweichung marginal, so etwa beim Wohnungsangebot, dem öffentlichen Verkehr, den Einkaufsmöglichkeiten und dem Dienstleistungsangebot. Beim kulturellen Angebot sehen die Ostdeutschen stärkere Defizite. In zwei Bereiche wird massive Kritik im Osten laut: Jeweils deutlich schlechter als im Westen werden das Arbeitsplatzangebot und die öffentliche Sicherheit bewertet.

6.2. Drängende Probleme

Um die Befragung zur Lebensqualität sinnvoll zu ergänzen, wurden die Befragten gebeten, das aus ihrer Sicht wichtigste Problem zu benennen, das künftig in ihrer Gemeinde gelöst werden müsse. Die Befragten haben hier sehr unterschiedliche Antworten gegeben. Diese wurden für die Auswertung nach breiten Kategorien zusammengefasst. Die folgende Liste (Tabelle 5) gibt deshalb einerseits einen Eindruck darüber, wie vielfältig die Probleme auf lokaler Ebene aus Sicht der Bürger ist. Andererseits vermittelt sie auch einen Einblick, wie unterschiedlich Bürger verschiedene Probleme betrachten.

Tabelle 5: Dringende Probleme in den Städten/Gemeinden

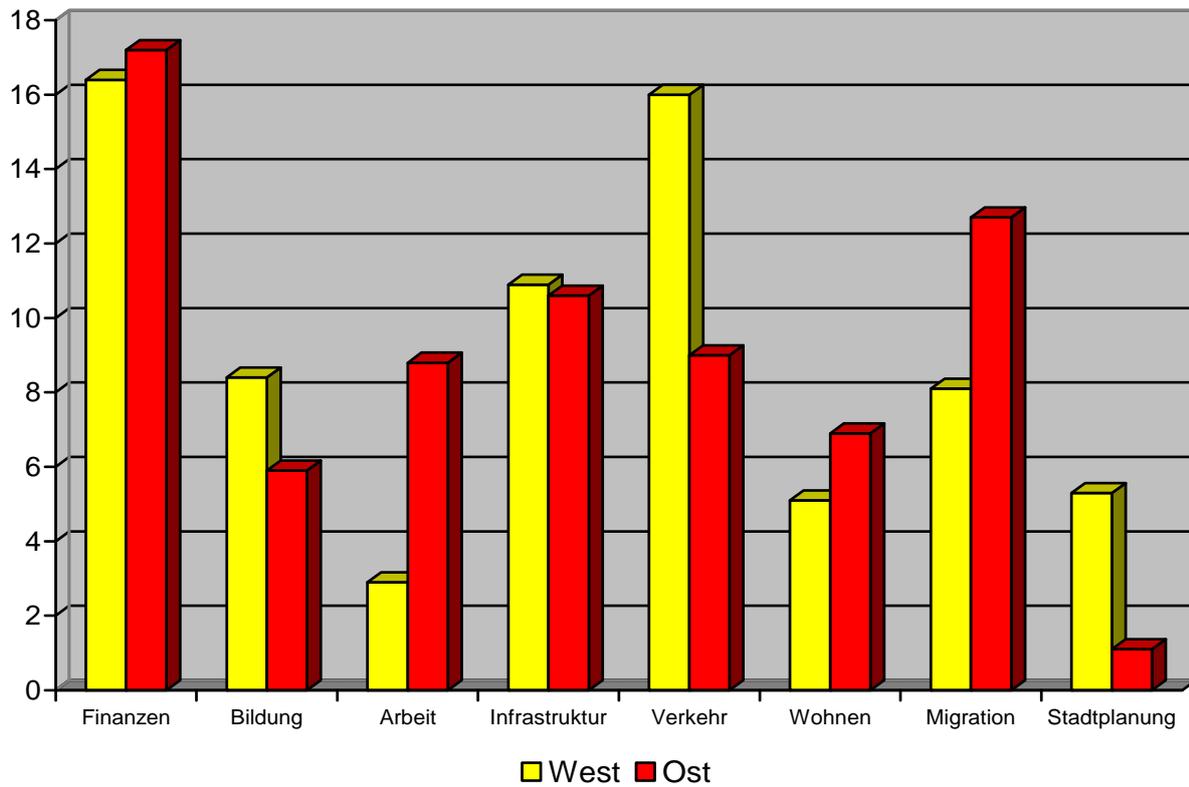
Problembeschreibung / Thema	%
Finanzen, Haushalt, Steuern	16,6
Verkehr, Straßensanierung, Straßenbau	14,5
Infrastruktur	12,8
Migranten, Flüchtlinge, Integration, Zuwanderung	9,1
Bildung, Schule, Kinderbetreuung	7,9
Wohnraum, Mieten	5,5
Stadtplanung, Stadtsanierung	4,4
demographischer Wandel	4,3
Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Arbeitsplätze	4,2
Armut, Soziales	3,4
Umwelt, Energie, Verschmutzung, Abfall, Lärm	3,1
Einkaufen, Einzelhandel	2,8
Jugendliche	2,8
Kommunalpolitik, Bürgerbeteiligung	2,8
Senioren, Gesundheit	2,0
Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Gewerbe, Ansiedlung	1,7
Kriminalität	1,3
Kultur	0,6
Korruption	0,4

Frage: „Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Problem, das künftig in Ihrer Stadt oder Gemeinde gelöst werden muss?“
N=753. Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

Die folgende Abbildung 15 zeigt eine getrennte Auswertung von west- und ostdeutschen Befragten. Dabei wurden nur solche Kategorien berücksichtigt, die mindestens 5% der Nennungen in einer der beiden der jeweiligen Gruppe ausmachen.

Wie zu sehen ist, schätzen die Befragten die Probleme durchaus unterschiedlich ein. In Westdeutschland spielen die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur sowie Verkehrspolitik und Stadtplanung eine größere Rolle. In Ostdeutschland sind die Arbeitsmarktprobleme klar zu sehen, ebenso die unzureichende Infrastruktur. Zudem wird dem Thema Migration und Integration verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt.

Abbildung 15: Dringende Probleme, West/Ost (%)



Frage: „Was ist Ihrer Meinung nach das wichtigste Problem, das künftig in Ihrer Stadt oder Gemeinde gelöst werden muss?“
Gewichtete Daten aus der Umfrage der Freiherr vom Stein-Akademie „Kommunale Demokratie“ 2015.

7. Zusammenfassung

Die Befragung zeigt, wie wichtig die Gemeinden als unterste Ebene der Staatsorganisation sind. Als zentrale Ergebnisse lassen sich festhalten:

1. Die Gemeinden werden von den Befragten überaus positiv wahrgenommen. Die Lebensqualität ist nach Meinung der Befragten durchweg hoch. Die Gemeinden erfüllen also ihre Funktion als Dienstleistungserbringer bzw. Einheit der kommunalen Selbstverwaltung in den Augen der Bürger gut. Die Bürger kennen aber auch die Defizite ihrer Gemeinde und können Sie benennen – das bedeutet, dass sie sich auch Gedanken um die zukünftige Entwicklung ihrer Gemeinde machen und Problembewusstsein entwickelt haben.
2. Die Gemeinde als politische Ebene wird ebenfalls positiv wahrgenommen. Fast die Hälfte der Befragten sieht sich selbst in der Lage, in die lokale Politik eingreifen zu können, wenn der Gemeinderat eine aus ihrer Sicht eklatante Fehlentscheidung treffen sollte. Hier wird das Vertrauen in die lokale Demokratie, aber auch das Selbstvertrauen der Bürger in ihre eigene politische Kompetenz deutlich. Diese ist seit der letzten Befragung im Jahr 2008 sogar noch gewachsen. Im Gegensatz dazu glauben weniger als ein Fünftel der Befragten, dass Sie auf die Gesetzgebung auf Bundesebene einen Einfluss ausüben können, wenn sie es denn wollten. Die Bürger sehen sich also als Teil der politischen Gemeinschaft in der Gemeinde und sind sich auch ihrer eigenen Rolle in der lokalen Politik bewusst. Dies zeigt sich auch in der von den Befragten angegebenen von ihnen genutzten Einflusskanäle auf Politik: Viele Befragte nutzen die Direktansprache von Kommunalpolitikern oder der Gemeindeverwaltung, Bürgerversammlungen, die organisierte Zivilgesellschaft (Verbände und Vereine) oder plebiszitäre Elemente, um Einfluss zu nehmen und ihrer Meinung Gewicht zu verleihen. Die typischen Einflusskanäle für die nationale Politik (Parteimitgliedschaft bzw. Kontakt zu nationalen Politikern) wird selten Einflussmöglichkeit genutzt.
3. Auch die Zufriedenheit mit der Demokratie hängt direkt davon ab, wie nah die entsprechende politische Ebene an den Bürgern ist. Die Gemeinde selbst sowie ihre Organe (Bürgermeister, Gemeinderat) kommen in der Bewertung wesentlich besser weg als die Organe der Bundespolitik (Ausnahme: die Kanzlerin). Auch dies spricht dafür, dass bei aller negativen Stimmung, die „der Politik“ aktuell entgegenschlägt, die Bürger nicht daran zweifeln, dass die kommunalpolitisch Ver-

antwortlichen sich Mühe geben, die bestehenden Probleme anzupacken und „gute“ Politik zu machen.

4. Hinsichtlich der o.g. Einschätzungen spielen Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern durchaus eine Rolle. Ob diese aus organisatorischen Strukturunterschieden zwischen den Bundesländern, aus politisch-kulturellen oder aus sozialökonomischen Unterschieden resultieren, konnte jedoch im Rahmen dieses Berichts nicht untersucht werden.

Insgesamt steht fest, dass die kommunale Ebene von den Bürgern sowohl als funktionierender „Dienstleistungserbringer“ als auch als vertrauenswürdige politische Einheit wahrgenommen wird, mit der sich die Bürger identifizieren können und für die bzw. in der sie sich gerne engagieren. Auch die Bewertung der politischen Prozesse und des politischen Personals ist – verglichen mit der nationalen Ebene – sehr positiv.